

*Vom Untertan verlangt man keine
Staatskenntnisse, aber vom Bürger.
Der Untertan zahlt Steuern, gehorcht
und spielt Klavier oder Skat,
der Bürger braucht noch etwas mehr.*

FRIEDRICH NAUMANN

Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Redaktion der Freiheit
Reinhardtstraße 12
10117 Berlin
Telefon: 0 30.28 87 78-51
Telefax: 0 30.28 87 78-49
presse@freiheit.org

Gesamtherstellung
COMDOK GmbH
Büro Berlin
Reinhardtstraße 16
10117 Berlin

Inhalt

Vorwort	5
Inventur in Deutschland	9
Die Herausforderungen für Deutschland	
Forschung und Innovation	16
Umweltschutz und Energieversorgungssicherheit	17
Bildung und Ausbildung	18
Soziale Sicherungssysteme	19
Ein Blick über den Tellerrand	21
Die Kultur des Lernens ist das Ethos der Solidarität	24
Freiheit und Gerechtigkeit	30
Freiheit und Gleichheit	35
Freiheit und Spielregeln	38
Die Freiheit ist noch nicht gewonnen	44
Maßstäbe und menschliches Maß	56

Vorwort

Als sich vor 50 Jahren, am 19. Mai 1958, engagierte Liberale um Bundespräsident Theodor Heuss in der Bonner Villa Hammerschmidt trafen, um die Friedrich-Naumann-Stiftung zu gründen, zeigten sie genau das, was Basis einer lebendigen Demokratie ist: bürgerschaftliches Engagement. Seit fünf Jahrzehnten wirkt die Stiftung aber auch über ihren eigentlichen Kernbereich, die politische Bildung in der jungen Bundesrepublik Deutschland, hinaus. Dies zeigt sich an vielen kleinen Jubiläen, die wir neben dem großen Jubiläum in diesem Jahr feiern können. So wird zum Beispiel das Archiv des Liberalismus, unser liberales Gedächtnis in Deutschland, 40 Jahre alt, und die Begabtenförderung feiert ihr 35-jähriges Bestehen. Die Auslandsarbeit ist 1963 hinzugekommen und wirbt inzwischen in über 60 Ländern für das Erfolgsmodell des liberalen Rechtsstaates.

Das Wirken unserer Stiftung in aller Welt macht inzwischen einen beträchtlichen Anteil unserer Arbeit aus. So fördern wir den Aufbau demokratischer, marktwirtschaftlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, damit immer mehr Menschen in

liberalen, demokratischen Gesellschaften leben können. Dabei haben wir immer das Kernanliegen der Stiftungsarbeit im Auge: die Verwirklichung von Freiheit und Verantwortung im In- und Ausland. In diesem Sinne unterstützen wir unsere Partner weltweit bei der Erarbeitung individueller Problemlösungen. Wir behalten aber auch Deutschland immer im Blick. Das Kapitel „Inventur in Deutschland“ widmet sich im Folgenden diesen Fragen. Es soll ein Anstoß für zukünftige, jährliche Ausblicke auf die wichtigsten Themen für deutsche Politik sein.

Politik und politischer Wettbewerb sind stets eine Auseinandersetzung über und ein Kampf um das Denken der Menschen. Dabei zählen nicht immer das richtige Argument, die Kenntnis von Sachverhalten oder Verstand und Kompetenz. Was zählt, sind das Prägen von Begriffen, das Image, die Empfindungen. Worte können Vertrauen bilden. Worte können aber auch Waffen sein – sie können verdecken, verführen und brandmarken.

Ein Beispiel: Wenn man in Deutschland bei Veränderungen ansetzen will, dann fällt vor allem eines ins Auge – die herausragende Wirkmächtigkeit der Formel von sozialer Gerechtigkeit und ihres Verständnisses. Die Vorstellung erfährt geradezu rituelle Beschwörung. Sie ist offen für die eigenen Empfindungen eines jeden, so als ob es eine wirkliche Kontroverse gebe zwischen denen, die mehr wollen, und anderen, die meinen,

es dürfe ruhig etwas ungerecht zugehen. Die politische Verwundbarkeit einer freien Gesellschaft ist an dieser Stelle groß. Da sind Gerechtigkeitsrhetoriker unterwegs, denen kein Argument zu schade ist. Politische Bildung, der sich die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit seit ihrer Gründung vor 50 Jahren verpflichtet fühlt, ist und bleibt gerade deshalb eine der wichtigsten Aufgaben, um Sachverhalten mit aufgeklärter Haltung auf den Grund zu gehen. Es geht ihr um einen freiheitlichen Politikentwurf für eine menschenwürdige Gesellschaft. Liberalismus ist mehr als ein politisches Angebot. Es geht um eine Kultur, um Charakter, um Markenpflege.

Inventur in Deutschland

In der Tagespolitik erleben wir gegenwärtig die schwarz-rote Koalition. Manche Kommentatoren haben von ihr vieles erwartet. Viele Menschen sogar geradezu alles. Die vermeintlich Großen sollten endlich alles richten. Eine solche Haltung war am Anfang weit verbreitet. So als könne man sich dann selbst erleichtert und mit gutem Gewissen aus den öffentlichen Angelegenheiten zurückziehen. Der Staat, das sind dann eben die anderen.

Manche, die zu all dem kritische Anmerkungen machten, mussten sich geradezu als Außenseiter und Störer vorkommen. Das hat sich mittlerweile durch dauerhaften Streit in der Koalition selbst gründlich geändert. Die SPD wandert jetzt zudem noch erkennbar nach links und betont erneut den demokratischen Sozialismus. Die CDU beschließt, dass sie die Mitte sei und nichts als die Mitte. Das erste Politikangebot braucht Deutschland nicht wirklich noch einmal. Das zweite ist eine reine Grußadresse, zudem eine an sich selbst. Die Mitte ist kein Nullpunkt. Sie ist weder beliebig noch ohne Richtung. Sie ist die Quelle für Dynamik und Stabilität einer Gesell-

schaft – vorausgesetzt, sie bleibt selbst stabil und dynamisch und wird nicht von der Politik daran gehindert und geplündert. Genau das widerfährt der Mitte jedoch gegenwärtig durch die, die sich als selbige bezeichnen.

Eine Art politischer Spielbetrieb beschäftigt sich mit koalitionspolitischen Alternativen und Werten über die Dauer der Koalition von CDU/CSU und SPD. Resignative Gemüter pflegen regelmäßig darauf hinzuweisen, dass es in Deutschland für eine andere Politik keine Mehrheit gebe. Die entscheidenden Fragen werden ausgeblendet: Was ist in der Sache zu tun? Worauf kommt es jetzt an? Was muss politische Führung leisten? Genau darum geht es aber doch gerade.

Deutschland steckt in einer Krise zwischen Erwartungen und Problemlösungsfähigkeit. Wir sind noch nicht in der neuen Realität angekommen. Die Leugnung des Offensichtlichen herrscht immer noch vor. Das Denken in alten nationalstaatlichen Kategorien, das Denken in hergebrachten sozialstaatlichen Konstellationen, das Denken in vertrauten individual- und erwerbsbiografischen Erwartungsmustern und das Denken in alten Gewohnheiten ist aber längst von Grund auf infrage gestellt. Je länger wir brauchen, um uns das klarzumachen, desto mehr verpassen und verspielen wir neue Chancen und Möglichkeiten der individuellen, ökonomischen und politischen Gestaltungsfreiheit. Am Ende werden diejenigen Gesellschaften Erfolg haben,

die mit dem Tempo der Veränderungen unserer Zeit am besten zurecht kommen, die Kompetenz im Wandel entfalten und neue Antworten auf innere und äußere Herausforderungen finden.

Bisher ist in Deutschland ein Überangebot an Politik vorhanden, das am Ende auf die Zerstörung der Kultur persönlicher Verantwortung hinausläuft. Paternalismus, Staatsinterventionismus und kollektive Lösungen stehen allenthalben auf der Tagesordnung. Sie sind eine Art aufdringliche, friedliche Belagerung von Staatsbürgern, von denen sich aber viele genau das gern gefallen lassen. „Kognitive Geizhalse“, nennt ein Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung solche Mitbürger. Man könnte meinen, sie pflegten eine unbestimmte Sehnsucht nach verantwortungsfreier Sicherheit, die in keinem ausgewogenen Verhältnis mehr zur Freiheit steht. Dabei scheinen sie überhaupt nicht zu sehen, dass der alte Daseinsvorsorgestaat in Handlungsunfähigkeit erstarrt ist und die ungebremste und einstmals sehr populäre Überführung von individueller Vorsorge in das steuer- und beitragsfinanzierte Kollektiv längst nicht mehr finanzierbar ist. Der gesellschaftliche Verbrauch in der Gegenwart ist zu hoch, die nachhaltige Vorsorge für die Zukunft zu gering. Die unredlichen Sozialstaatversprechen, die noch heute von so manchem Politiker auf der Jagd nach Zustimmungquoten öffentlich formuliert werden, stellen einen ungedeckten Wechsel auf die Zukunft dar. Sie gehören zu den mentalen Irrwegen,

auf denen sich Teile von Gesellschaft und Politik befinden. Man will nehmen, ohne zu geben, und erwartet die Segnungen der Marktwirtschaft, nicht aber ihre Risiken. Über Mitbestimmung reden alle, über Mitverantwortung wenige. Das Verhältnis von kollektiver und individueller Verantwortung stimmt seit Jahren nicht mehr. Vielen fehlt leider der Mut, das auch öffentlich zu sagen, obwohl viele Menschen spüren, dass Veränderungen notwendig sind.

Das Ende der alten bipolaren Welt, der Prozess der Globalisierung, der nicht nur die Unternehmen betrifft, sondern auch jeden Arbeitsplatz in den weltweiten Wettbewerb stellt, zwingen zum Umdenken, ob wir wollen oder nicht. Unsere Wachstumsbasis ist insgesamt zu schwach. Gegenwärtige Wachstumsraten verdecken eher zugrunde liegende Strukturprobleme, die noch längst nicht aus dem Weg geräumt worden sind. Das Tempo der Veränderungen hat einiges auf den Kopf gestellt, was wir bisher in unseren gesellschaftlichen und sozialen Systemen organisiert hatten – so zum Beispiel die Rente, die Krankenversicherung, den Flächentarif und viele alte Gewohnheiten. Vieles hat sich aber mehr und mehr zu einer Gefährdung der größten sozialen Sicherheit, der Arbeit, entwickelt. Unsere Wettbewerbsfähigkeit ist auch gesellschaftlich nicht nachhaltig genug. Risikoaversion ist vorherrschend.

Was uns fehlt, ist ein Verständnis von einem Gemeinwesen, das von selbstbewussten Bürgern getragen wird, die sich nicht als Staatskunden empfinden und Demokratie nicht nur auf einen wirtschaftlichen und sozialen Zweckverband in Zeiten der Hochkonjunktur reduzieren. Eine geschriebene freiheitliche Verfassung reicht nicht aus. Die mentale Verfassung einer Gesellschaft ist entscheidend. Bürger zu sein, bedeutet mehr als über eine reine Erwerbsbiografie mit Staatsangehörigkeit zu verfügen, das Fitnessstudio aufzusuchen und seinen Vorgarten in Ordnung zu halten. Bürger zu sein, wurde als Ausdruck des Selbstbewusstseins zu eigener Verantwortung und des Willens zur Unabhängigkeit verstanden. Genau das sollte Bürger zu sein auch wieder werden. Bescheidenheit mit Selbstvertrauen zu verbinden und sich auch von einem Staat zu emanzipieren, der zwar beschützt, aber eben auch oft genug beschneidet – das ist eine wichtige Haltung für eine freiheitliche Gesellschaft.

Schließlich muss die Politik konsistenter werden. Sie muss heraus aus dem Bodenturnen. Sie ist manchmal klein kariert rechenschaftspflichtig, ohne dem Bürger wirklich näher zu rücken. Das Ausbauen medialer Entlastung an der einen oder anderen Stelle verdeckte „geistige Windstille“ und bevorzuge „operative Hektik“, schrieb kürzlich ein Kritiker. Politik muss aber als begehbare Substanz angeboten werden. Die Qualität der Botschaft ist entscheidend, nicht die Inszenierung. Wenn sie etwas verändern will, muss

sie sich mit dem Widerstand von Gruppen auseinandersetzen. Sie bedarf einer *policy making power*, einer Energie zur Kurskorrektur. Dazu braucht sie im Ernstfall Mut und Kraft, Popularitätsverluste hinzunehmen, um Nachhaltiges zu erreichen.

Deutschland ist ein Land mit großen Potenzialen. Lernen ist unsere unerschöpfliche Ressource, Höchstleistungsfähigkeit unsere größte Chance. Freiheit, Demokratie, soziale Marktwirtschaft und Wettbewerb sind die Grundlagen unseres gesellschaftlichen Wohlstandes. Internationale Orientierung an Europa und dem Atlantischen Bündnis ist unsere Staatsräson. Politik und Gesellschaft machen allerdings zu wenig daraus. Ein dauerhafter Erfolg für unser Land wird sich unter den Bedingungen einer sich verändernden Welt nur dann einstellen, wenn wir mehr als bisher auf den Fleiß, die Leistung und das Engagement der Menschen setzen und ihre Kreativität, ihre Lernbereitschaft und ihren persönlichen Willen zum Erfolg belohnen.

Wir brauchen eine neue Kultur des Denkens, Arbeitens und Wirtschaftens. Es geht vor allem um ein Wachstum von Wissen und Können, begleitet von einem Verständnis von Gerechtigkeit, das soziale Sicherheit als Angebot und Chance zur Mitarbeit und zur Teilhabe begreift. Unser Land kommt nicht umhin, seine politischen und gesellschaftlichen Systeme und Strukturen – darunter die sozialen, die fiskalischen wie auch die föde-

ralen – von Grund auf zu renovieren. Jeden Tag entwickeln sich neue Möglichkeiten und neue Chancen. Freiheitliche Politik beginnt dabei mit dem Vertrauen in und nicht mit dem Misstrauen gegen die Freiheitspotenziale der Bürgerinnen und Bürger.

Die Herausforderungen für Deutschland

Forschung und Innovation

Die Nanotechnik wird als Schlüsseltechnologie ihre Spuren quer durch alle bisherigen Möglichkeiten und Verfahren ziehen. Robotik, Neurowissenschaften und Mikrosystemtechniken werden einen großen Beitrag zur Innovationskraft Deutschlands leisten. Gentechnisch veränderte Organismen werden bei der Entgiftung von Böden eine Rolle spielen und können die Umwelt schützen. Die Medizin entwickelt sich zu einer genbasierten Wissenschaft, ohne die moderne Gesundheitsvorsorge nicht mehr vorstellbar sein wird. Biotechnologien werden auf den Märkten der Welt immer bedeutsamer und bieten Chancen für hoch qualifizierte Arbeitsplätze. Ganz zu schweigen von der revolutionären Entwicklung in Kommunikationstechnologien. Forschung und Innovation sind ständig andauernde, weltweite Kommunikationsprozesse vieler kluger Menschen, deren Neugier sich nicht so einfach verbieten lässt.

Ob sich die mit dem Forschungs-klonen verknüpften Hoffnungen auf das Heilen schwerer Krankheiten erfüllen werden, kann nicht vorab, sondern nur durch verantwortungsbewusste Forschung selbst beantwortet werden. Gerade deshalb muss man sie ermöglichen. Freiheit, individuelle Selbstbestimmung und ein menschenwürdiges Leben werden auch durch Krankheiten beeinträchtigt, die man wirkungsvoll bekämpfen kann, wenn man sich rechtzeitig der Möglichkeiten ihrer Heilung vergewissert. Menschliches Leid zu mindern und zu heilen, ist das Ziel verantwortungsbewusster Medizin. Der Ethik des Heilens muss auch in Deutschland weiterhin eine Chance eröffnet werden. „Wer den Verzicht auf Forschung empfiehlt, der muss auch immer die Konsequenzen des Verzichts darlegen“, schreibt Prof. Hubert Markl, früherer Präsident der Max-Planck-Gesellschaft.

Umweltschutz und Energieversorgungssicherheit

In der Umweltpolitik muss der Klimaschutz vorrangliches Ziel sein. Derzeit steigt der Verbrauch von fossilen Brennstoffen weltweit an. Um den Trend zu drosseln oder gar umzukehren, sind alle Möglichkeiten gleichzeitig anzuwenden: der Ausbau nachwachsender Rohstoffe, die Wasserstofftechnologie, Solartechnik und Geothermie, Wärmedämmung, Kraft-Wärme-Kopplung, aber eben auch Kernenergie. Eine Energiepolitik, die

verantwortungsbewusst auf Klimaveränderung reagieren will, muss Speicher- und Kernfusionsforschung voranbringen. Sie darf nicht den Verzicht auf Kernenergie propagieren, sie muss sich vielmehr um ihre Modifizierung bemühen. Im Kampf gegen die weltweit immer weiter steigende Verwendung klimaschädlicher Energiegewinnungsformen muss Deutschland Kompetenz im Umgang mit Kernenergie behalten. Es ist ganz einfach wahr, dass regenerative Energien gegenwärtig unsere Energieversorgung noch nicht ausreichend sichern können. „Solange hinter jedem Windrad aus Gründen der Versorgungssicherheit Kraftwerke stehen, die fossile Energieträger verbrennen, darf an der intellektuellen Wahrhaftigkeit des entsprechenden klimapolitischen Engagements gezweifelt werden“, schrieb kürzlich ein Kommentator.

Bildung und Ausbildung

Erfolgreiche Länder verdanken ihre Wertschöpfung gebildeten und leistungsbereiten Menschen. Bildung und Ausbildung sind unser Pass für die Zukunft. Das Morgen gehört denen, die sich schon heute darauf vorbereiten. Ob als Selbstständiger oder Arbeitnehmer, ob in einer Führungsposition oder als Mitarbeiter – neben lebenslangem Lernen werden Eigenschaften wie Kreativität, Risikobereitschaft und die Fähigkeit zur Verantwortung die wichtigsten Wettbewerbs-

voraussetzungen sein. Qualifizierte Bildung und Ausbildung erfordern Bereitschaft und Anstrengung. Es geht dabei aber nicht allein um Fächer und Schulen, auch nicht allein um eine Steigerung der Bildungsausgaben. Weder mehr Unterricht noch neue Lehrpläne oder Qualitätsprogramme reichen aus, weder die Zuständigkeitsdiskussionen zwischen Bund und Ländern noch ein Zentralabitur. Es geht um Kompetenzen. Es geht um Lehrer und Elternhäuser. Es geht um die Art und Weise, wie Wissen in der Schule vermittelt wird, aber auch wie Haltungen, Werte und Einstellungen im Elternhaus vorgelebt werden. Es geht um eine Kultur des Lernens. Lernen ist Verpflichtung – sich selbst und der Gemeinschaft gegenüber. Sie ist unser größtes Kapital und unsere Chance für die Zukunft. Lehrer müssen dabei die Vermittlung einer Kultur des Lernens als Kerngeschäft so beherrschen, dass die Jugendlichen sie verstehen. „Das Elternhaus und das schulische Umfeld müssen ihnen dabei helfen“, fordert der Autor Dietrich Schwanitz in seinem Buch „Bildung. Alles, was man wissen muß“.

Soziale Sicherungssysteme

Obwohl schon oft versucht worden ist, das Denkmal von Adam Riese durch die Statue des unbekanntes Milchmädchens zu ersetzen, ist eines klar: Staat und Politik können sich nicht über ökonomische Gesetzmäßigkeiten hinweg-

setzen, um Wohlstand und Gerechtigkeit zu erreichen. Die Verteilungsorientierung hat mit knapp 50 Prozent zu einer überaus hohen Staatsquote geführt. Deren Ergebnis ist aber bisher weder generationengerecht noch zukunftsfähig. Das fahrlässige Versäumnis der Probleme der sozialen Sicherungssysteme muss ein Ende haben. Bisher sind keine nachhaltigen Reformen erkennbar, die die Beiträge in den sozialen Systemen dauerhaft senken und die Systeme selbst zukunftssicher machen könnten. Soziale Sicherheit ist die Voraussetzung für Teilhabe an Freiheit. Es geht um eine aktive Politik der Teilhabegerechtigkeit für mehr und mehr Menschen. Diese ist aber wiederum nur auf der Basis von Bildung, Erziehung und Qualifizierung und einer auf Beschäftigung und Wachstum ausgerichteten Wirtschaftspolitik möglich. Das war die Kernbotschaft Ludwig Erhards. Auf sie müssen wir uns wieder besinnen. Es gilt, die Marktwirtschaft mit ihrer sozialen Funktion zu erneuern. Dazu sind klare Spielregeln und überzeugende Vorbilder notwendig. Es geht um einen kompletten Paradigmenwechsel, wenn die neuen sozialen Fragen beantwortet werden sollen.

Es wird aber keine stabile soziale Sicherheit geben, wenn für wacklige Systeme nur neue Geldquellen erschlossen werden. Wir müssen einen neuen Grundkonsens der Freiheit und gelebter Verantwortung entwickeln. Der Staat ist nicht klüger in der Vorsorge als die Bürger. Er tut nur so. Gefragt sind private Vorsorge, Loslösung der

Sozialpolitik von den Arbeitskosten, Wahlfreiheit und Wettbewerb. „Die Generation der Wenigen und der Jüngeren wird in der Reformverweigerung ihrer Eltern kein Argument für ihre Pflicht sehen, einen Generationenvertrag einzuhalten, den sie nie geschlossen hat“, kommentierte Hans Barbier diesen Sachverhalt vor Kurzem in der F. A. Z. Recht hat er.

Ein Blick über den Tellerrand

Weltweit entwickeln sich vor unser aller Augen neue Akteurskonstellationen und eine neue Verteilungsdebatte um Ressourcen und Chancen.

Indien wird seine Position als weltweit führender Dienstleister von Telekommunikation stärken. Das Land bewerkstelligt hoch komplizierte Arbeit bei qualitativ immer besseren Dienstleistungen. Was es in Zukunft braucht, ist eine industrielle Basis, um einfach Beschäftigungsmöglichkeiten für Millionen von Arbeitsplatzsuchern anzubieten. Aber auch hier hat Indien Perspektiven – in der Pharmaindustrie, der Automobilsparte und möglicherweise auch im Flugzeugbau. Indiens Problem – seine bislang schwache Infrastruktur – ist erkannt, wenngleich es möglicherweise Jahre dauern wird, es zu lösen.

China wird in den nächsten Jahren seine Marktanteile vergrößern. Es befindet sich schon jetzt in

einem Prozess, der sich von Billigprodukten zu Produkten immer höherer Qualität entwickelt. Textilautoindustrie, elektronische Geräte und der Transportsektor werden überdurchschnittliche Wachstumsraten ausweisen. Es muss noch Instabilitäten überwinden und seine immensen Umweltschäden und sozialen Probleme lösen, aber auch seine Bürger in die Freiheit entlassen. Es ist zu hoffen und zu wünschen, dass es gelingt.

Die Vereinigten Staaten werden auch in Zukunft das Land bahnbrechender Technologien in Schlüsselsektoren wie Biotechnologie, Genetik und Pharmaindustrie bleiben. Die Größe des eigenen Marktes und die Fähigkeit des Landes, Wissenschaftler und Forscher aus aller Welt anzuziehen, sind enorm. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika werden sich behaupten. Ihre Bevölkerung wird im Übrigen jünger sein als die Chinas und Russlands.

In Afrika tauchen tief verwurzelte Konflikte auf. Staatsversagen, Kriegswirtschaft, ethnischer Binnenzirkus und Aids sind in der Lage, ganze Gesellschaften zu zerstören. Afrika ist unser südlicher Nachbar. Strategische und menschliche Überlegungen zwingen uns, den Kollaps von Staaten und die Eskalation von Gewalt zu verhindern. Wenn das gelingt, hat der Kontinent eine Chance. Wenn nicht, dann wirkt sich das auch auf uns in Europa problematisch aus.

Lateinamerika ist ein Puzzle strategischer Entscheidungen. Brasilien ist auf einem Wachstumspfad. Peru hat eine wachsende Wirtschaft. Auf der anderen Seite übertreffen Ecuador und Bolivien einander an Instabilität. Argentinien ist noch nicht heraus aus seinen Problemen. Die Muster zwischen Modernisierern und radikalen Populisten hindern beide Länder an einer positiveren Entwicklung. Sowohl in Afrika als auch Lateinamerika geht es gegenwärtig darum, die riesige Nachfrage Chinas zu beantworten. Es kann nicht sein, dass Länder ihre natürlichen Ressourcen verkaufen und am Ende, wenn das Öl gepumpt, die Bäume gefällt und die Rohstoffe aus der Erde geholt worden sind, die Gesellschaften nichts davon haben. Beide Kontinente können Wettbewerber von morgen sein, wenn sie *windfall profits* weise investieren und aufgeklärte politische Führungen, vertrauenswürdige Investitionen und regionale Konsensfindungen ermöglichen.

Die industrielle Basis in Westeuropa wird schwächer. Kernindustrien werden jedoch weiterhin eine Rolle in Europa spielen, denn ihre Expertise und das damit verbundene kulturelle Können sind überlegen. Beispiele dafür sind die mechanische Industrie, der Automobilsektor, die medizinische Sparte, die Flugzeugherstellung und der Maschinenbau. Das zeigen die internationalen Patentstatistiken. Allerdings wird sich Westeuropa entscheiden müssen, den Servicesektor zu deregulieren – in Schritt, vor dem es bisher zu-

rückgeschreckt ist. Wir dürfen keine Angst vor Menschen haben, die ohne Waffen zu uns kommen.

Die Kultur des Lernens ist das Ethos der Solidarität

Es gibt weltweit keine alten Stammlätze mehr. Es gibt ganz neue Akteure, von denen sich nicht alle an Spielregeln halten. Einige plädieren für einen neuen Protektionismus, andere wollen die offenen Märkte nicht verspielen. Eine Art Gleichgewicht zwischen den Marktkräften und Sicherheiten gegen ökonomische Risiken glückt nur wenigen. Ob und wie wir den neuen Verantwortungen gerecht werden, können wir selbst entscheiden. Was wir von uns selbst erwarten müssen, ist die Fähigkeit, Dinge neu zu denken. Das „weiter so“ darf nicht länger als Fortschritt gelten. Wir müssen erkennen, dass das Gewohnte oftmals eine Blockade auf dem Weg ins 21. Jahrhundert darstellt. Es gilt, entschlossen alte Vormundschaften abzuschaffen und neue abzuwehren. Voraussetzungen für alles sind qualifizierte Bildung und Ausbildung.

In einer Welt, in der sich die Wissensbestände immer mehr ausdifferenzieren, Wissensinhalte immer schneller veralten und alle gesellschaftlichen Kommunikationsweisen einer massiven Beschleunigung ausgesetzt sind, ist es neben dem

Erwerb des Wissensstoffes und der Beherrschung bestimmter Sozial- und Kommunikationstechniken dabei umso wichtiger, das Grundprinzip der Bildung nicht zu vergessen, und dieses, wo immer möglich, nach besten Kräften neu zu fördern. Neben der Vermittlung von Lernstoff muss es oberstes pädagogisches Ziel sein, Kinder, Jugendliche und Erwachsene zum Denken und Lernen zu befähigen. Bildung geht über Ausbildung hinaus. Sie bietet einen Kompass an. Sie ermöglicht uns zu verstehen, wie und warum sich vieles verändert. Sie gibt uns die Chance, zwischen Vergangenen, Gegenwart und Zukunft eine Orientierung zu finden. Sie bewahrt Menschen vor neuer Unmündigkeit. „Wenn sie es wollen und den Blick öfter einmal zum Bücherregal lenken“, schreibt der Jurist Ulrich Klug.

Persönlichkeitsfördernde Bildung, die für eine freiheitliche Gesellschaft grundlegend ist, zielt auf die Befähigung und Bereitschaft zum Außerordentlichen und Ungewöhnlichen ab und begreift den Lernerfolg als eine Summe von individueller Begabung, Leistungsbereitschaft und Verantwortungsbewusstsein. Eine Bildungslandschaft betont Unterschiede, fördert individuelle Qualifikationen und schafft Raum für Eigeninitiative. Wir sollten lernen, woher wir kommen und wer wir sind, und wissen, was wir können müssen. Wir müssen mit unserem kulturellen Wissen und Können vom heutigen Standort aus wieder ins Gespräch kommen. Wir müssen etwas wissen über die Griechen und die Römer, das Nibelun-

genlied, die Renaissance und die Aufklärung, über Stil- und Verlaufsformen der Literatur, über Musik und die großen Religionen, über die revolutionäre Entwicklung in den Wissenschaften. Wir brauchen dazu Markierungen. „Unterrichtseinheiten dürfen keine stummen Trümmer sein“, stellt Dietrich Schwanitz in seinem Buch über Bildung fest.

Man braucht eben etwas, an dem abzumühen sich lohnt. Worauf es im Leben ankommt, kann man an einer begrenzten Anzahl von Gegenständen einüben und erlernen: Genauigkeit und Ordnungssinn ebenso wie Einfallsreichtum und Durchhaltevermögen. Die Fähigkeit, auf sich allein gestellt sein Ziel zu erreichen, ist dabei ebenso wichtig wie das Talent, sich mit anderen zusammenzutun und gemeinsam mit ihnen etwas Großes zu erreichen. „Früher nannte man das Allgemeinbildung, danach sprach man von Sekundärtugenden, inzwischen nennt man es Schlüsselqualifikation“, kommentiert der Publizist Konrad Adam. Große Pädagogen haben immer gewusst, dass es der Schule nicht um Wissen und Reden, sondern um Charakter und Handeln geht und dass das eine immer nur Voraussetzung für etwas anderes ist. In diesem Sinne ist Wissen nicht Ziel, sondern Folge von Bildung. Neben der reinen Kognition sind auch Aspekte der emotionalen und der Willensbildung zu berücksichtigen. Neulich las ich die beeindruckende Conclusio eines Heranwachsenden über das, was er „aus der Schule sozusagen mitgenommen“ habe:

„Das Ziel unserer Arbeit bleibt die Freiheit. Diese erfordert den Willen und die Fähigkeit, sich selbst ein Ziel zu setzen, dieses Ziel an Werten auszurichten und mit dem eigenen Leben in Übereinstimmung zu bringen und mit Disziplin und Konsequenz zu verfolgen.“

Das alles gelingt leider nicht in jedem Fall. Weder Kreativität noch soziale Kompetenz, weder Teamfähigkeit noch Problem lösendes Denken stellen sich so einfach ein. Der Zusammenhang mag nicht auf den ersten Blick erkennbar sein. Aber Originalität und Risikobereitschaft, Neugier und Fantasie, Einfallsreichtum und auch Mut und Unbefangenheit sind nicht gleichmäßig über die gesamte Lebenszeit verteilt. Der Grundstein wird vielmehr sehr früh gelegt. Es gilt deshalb, die unterschiedlichen und besonderen Talente der Kinder früh aufzuspüren, zu fördern und zu entwickeln. Bildung kann nie eine Absenkung des Niveaus zulassen. Sie braucht die Begegnung mit anspruchsvollen Unterrichtsinhalten und mit Persönlichkeiten vom Kindergarten über Schulen und berufliche Bildung bis zur Hochschule. Die Lehrer müssen dabei ihr Kerngeschäft beherrschen. Es geht nicht nur um Verabreichung von Stoff. Sie müssen darüber Auskunft geben können, wozu das Wissen wichtig ist und sich versichern, dass es auch ankommt. Und Elternhäuser müssen sie dabei unterstützen. Denn die Schule kann nicht alles leisten. Sie kann das Elternhaus nicht ersetzen.

Das Grundgesetz gibt zu Recht den Eltern das Recht auf Erziehung ihrer Kinder. Rechte korrespondieren aber auch immer mit Pflichten. Kindern kann man nicht kündigen. Das Jahrhundert des Kindes habe eine stärkere Betrachtung des Kindeswohls ins Blickfeld gerückt, schrieb neulich ein Betrachter, ohne dass den Kindern deshalb immer wohler geworden wäre. Es gibt grundlegende und unverzichtbare Faktoren, die das Wohlergehen von Kindern beeinflussen. Eine Besonderheit des Menschen ist es, dass er in einem gewissen Zustand von Hilflosigkeit zur Welt kommt. Seine Freiheit ist zunächst eine „umsorgte“ Freiheit, die darauf angewiesen ist, dass die notwendigen Rahmenbedingungen stimmen. Denn der Mensch ist, soziologisch gesprochen, „anthropotroph“: Er „nährt“ sich am Menschlichen, wie der französische Soziologe Jean-Didier Vincent bemerkte. Kinder sind in ihrem Wohlergehen und ihrer Selbstständigkeitsentwicklung unverzichtbar auf emotionale Anerkennung und Entwicklung angewiesen. Die Herausbildung eines gesunden Selbstwertgefühls und einer stabilen Identität beruht in erheblichem Umfang genau auf diesem Vorgang.

Die Schule kommt da viel zu spät. Und: Sie hat auch zu wenig Freiheit. In den bei PISA führenden Ländern wurde den Schulen mehr Freiheit eingeräumt. Es geht eben nicht um eine Art Pseudoautonomie, die Schulen nur ihre Bürokratie selbst erledigen lässt. Überall in Deutschland sind neue Schulen im Aufbau, manche in

Neugründung. Sie alle wollen Ort der Freude am Lernen sein. Sie brechen mit dem Status des Untermieters in einem System. Pestalozzi schrieb vor 200 Jahren: „Die erste Stunde des Unterrichts ist die Stunde der Geburt. Es ist daher die Aufgabe der Eltern, den Elementarunterricht der Kinder zu gewährleisten.“ Der Pädagoge Hartmut von Hentig sagt, dass „Eltern ihren Kindern das Beste geben sollen, das sie haben: sich selbst“. Ein Mindestmaß an Zivilisiertheit ist somit als Mitgift des Elternhauses unerlässlich. Sonst verliert die Gesellschaft den Zugang zur kulturellen Tradition der Freiheit, zur Fähigkeit zu Verantwortung, zum Gemeinwesen und leidet unter fehlendem Selbstvertrauen. Die öffentliche Diskussion um Plätze in Betreuungseinrichtungen steht in keinem ausreichenden Verhältnis zu diesen Notwendigkeiten und Erkenntnissen. Sie ist das typische Beispiel für mangelnde Tiefe mancher politischer Programmatik, auch wenn sie noch so stark sozial- und familienpolitisch moralisch untermauert wird.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat sich in diesen Tagen nicht zuletzt deshalb in Fragen der Hebammenausbildung und Elternbildung engagiert. Sie setzt einen neuen bildungspolitischen Schwerpunkt. Frühkindliche Bildung und Erziehung sind der Angelpunkt und der Beginn einer neuen Sozialpolitik. Sie soll Ausgrenzungen verhindern, die Kinder um Lebenschancen bringen würde und damit helfen, Armut zu vermeiden. Im Ernstfall geht es dabei auch um

eine humanitäre Intervention des Staates im Interesse des Kindeswohls. Die alte Sozialpolitik der etatistischen Zuteilung sowie der Reparatur muss umgewandelt werden in Aktivierung von Ausgangschancen. Es geht um Chancengerechtigkeit, den Aufbau von menschlichen Fähigkeiten, die Ausrichtung der Steuer- und Tarifsysteme auf das Fördern von Erwerbstätigkeit und die Gewinnbeteiligung von Beschäftigten als Grundlage des Zutrauens von Menschen in sich selbst. Und deren Chancen werden verpasst, wenn nicht gleich am Beginn des Lebens die Grundlagen gelegt werden. Die Bildungspolitik wird Ausgangspunkt einer modernen Sozialpolitik der Teilhabegerechtigkeit werden müssen, und sie muss früh ansetzen: Kinder sind die größte Innovation.

Freiheit und Gerechtigkeit

„Autorität wie Vertrauen werden durch nichts mehr erschüttert als durch das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden“, schrieb Theodor Storm zu seiner Zeit und das gilt auch noch heute. Die materiellen Kompensationen sind verwundbare Stellen freiheitlicher Gesellschaften. Denn an ihre Erfüllung werden ebenso viele Erwartungen geknüpft wie Gerechtigkeitsgefühle sowie die Vorstellung einer allgemeinen Dienstleistungs-idee von einem Staat. Veränderungen rufen große Widerstände hervor, begleitet von Gerechtigkeitsrhetorik und ganz unterschiedlichen Vor-

stellungen über Gerechtigkeit. Häufig wird ein Gerechtigkeitsbegriff in Stellung gebracht, der keine Kontur hat. Was soziale Gerechtigkeit ist, wird auch nicht klar beschrieben. Auf welches normative Fundament der Sozialstaat gestellt werden soll, wird oft nicht gesagt. Das Ergebnis sei eine „verhängnisvolle intellektuelle und moralische Simplifizierung des Problemstands des gegenwärtigen Sozialstaats“, schreibt Wolfgang Kersting, Philosophieprofessor an der Universität Kiel. Die Umverteilungsmarge des Sozialbudgets bleibt am Ende als einziges Kriterium der moralischen Qualität sozialstaatlicher Politik übrig. Eine Politik, die sich an dieser Stelle aus Furcht vor Ungemach zurückzieht, wird zur Inkompetenz verurteilt. Denn die Reduzierung von Sozialpolitik auf reine Alimentierung ist längst am Ende angelangt. Nirgends aber wird die Wahrheit so verdrängt wie in diesem Bereich. Grund dafür, schrieb kürzlich ein Kommentator, sei „die Gier nach falschen Sicherheiten“. Sie mache das „Diffamierungspotenzial lebendig, das als Kahlschlagverdacht gegen jeden Umbau des Sozialstaates“ immer ins Feld geführt werde. Dabei gibt es zudem noch Gruppierungen, die dem Ganzen eine moralische Deckung geben.

Die Frage ist, in welcher Gesellschaft sich die Trinität der großen Werte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit am ehesten einfindet. „Dort, wo der Staat sie organisieren will, oder dort, wo man die Menschen frei lässt“, fragt Udo di Fabio, Rechtswissenschaftler an der Universität Bonn.

Knapp ein Drittel des Bundeshaushalts wird für soziale Zwecke ausgegeben. „Rund 40 Prozent der Bevölkerung in Deutschland leben im weitesten Sinne von staatlichen Leistungen wie Renten, öffentlichen Stipendien, Arbeitslosenunterstützung, Invalidenrenten und Sozialhilfe“, konstatiert Hans-Werner Sinn vom IFO-Institut. Unter den wahlberechtigten Erwachsenen bilden die Empfänger öffentlicher Leistungen eine klare Mehrheit. Die Anzahl der Zuwendungsempfänger übersteigt demnach die Zahl der Vollbeschäftigten. Wer seine Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik so organisiert, der erzeuge ein Klima „wohltemperierter Irrealität“, meint der Philosoph Peter Sloterdijk, und werde die Erschütterungen der Globalisierung nicht überstehen.

Der gegenwärtige Sozialstaat liefert eine Vielfalt von Fehlanzeigen. Er lässt verantwortungsethische Anreize verkümmern. Sein Umbau wird nichtsdestoweniger auf beträchtliche Widerstände stoßen. Weil es erhebliche Mängel beim Denken in „Wenn-Dann-Beziehung“ gibt und Konsequenzen oft ausgeblendet werden. Die deutsche Reformschwäche liegt in der Schwäche der Gerechtigkeitsdiskussion. Sie wird, je nach Befindlichkeit, über Besitzstand, Leistung, Chancen, Bedürfnis und Zukunft geführt.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage hat vor Jahren einige bemerkenswerte Kriterien für Fairness in der Sozialpolitik genannt. Als fair bezeichnete er eine so-

ziale Sicherung, die Bedürftigen ein angemessenes Sicherheitsangebot gewährt, zugleich aber auch eine anreizkompatible Gestaltung mitliefert, die vorsieht, durch eigenes Engagement und eigene Bereitschaft von den gewährten Leistungen so bald wie möglich wieder unabhängig zu werden. Als unfair hingegen bezeichnete er ein Sozialsystem, das solche Anreize schwächt und eher das Interesse nährt, es auszubeuten. Als fair gilt nach diesen Kriterien eine soziale Sicherung, die zwischen den heute Lebenden und den künftigen Generationen einen Interessenausgleich herstellt. Leistungsversprechen sollten keine ungedeckten Wechsel auf die Zukunft mehr ausstellen. Stattdessen sollten an den bereits begründeten Lasten alle Generationen beteiligt werden. Als unfair gilt demnach, einseitige Belastungen auf künftige Generationen zu verlagern. Als fair hingegen kann eine soziale Sicherung gelten, die bei großen Belastungen in Fällen von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit und Alter dem Einzelnen eine Versicherungspflicht auferlegt. „Als unfair muss aber gelten, wenn durch eine allumfassende Pflichtversicherung das in Versicherungen nur begrenzt vermeidbare Verhalten der Ausbeutung der Versichertengemeinschaft durch die eigenen Mitglieder Platz greift.“

Sozialpolitik soll Brücken bauen. Aber sie kann die Menschen nicht hinübertragen. Sie müssen schon selbst gehen. Die Lebenstüchtigkeit der Menschen zu stärken und ihnen Mut zu machen – darum geht es. Sie zum Engagement zu

bewegen und ihnen Teilhabe zu ermöglichen, muss die Zielsetzung einer neuen Sozialpolitik werden. Es geht um die Gestaltung der Chancen für die Teilhabe von Menschen. Sie beginnt mit der Chance auf Bildung im Kindes- und Jugendalter, setzt sich fort mit der Möglichkeit der Teilhabe am Ausbildungs- und Arbeitsleben und am gesellschaftlichen Leben. Das gilt für alle Menschen, egal, ob sie dauerhaft oder nur zeitweise bedürftig sind. Schließlich geht es um die Teilhabe der nachfolgenden Generation an einer gesicherten und zu meisternden Zukunft. Es geht um einen Wandel in den Köpfen, der ein Umdenken ermöglicht – weg von der Versorgung, hin zur Befähigung.

Der alte Sozialstaat verhindert nicht mehr den sozialen Anschluss. Genau der ist Kern der neuen sozialen Frage. Der Weg muss von quantitativen Größen der Alimentation zu qualitativen Größen der Investition gehen. Chancen und Teilhabe, Bildung und Arbeitsmarkt sind die neuen Maßstäbe für soziale Gerechtigkeit. Allerdings können effektive neue Strategien nur dann wirksam sein, wenn die Ungleichheit der Teilnahmechancen nicht durch Armut und Ausgrenzung von vornherein verschärft werden. Es geht um ein zustimmungsfähiges Umbauszenarium des deutschen Sozialstaates, Einkommensarmut muss dabei vermieden werden.

Freiheit und Gleichheit

„All Men Are Created Equal“, schrieb Thomas Jefferson in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776. Alle Menschen sind von Geburt gleich. Das heißt nicht, dass alle Menschen identisch sind. Sonst würde ja im Prinzip ein Mensch genügen. Gleichheit vor dem Gesetz hat die früheren Vorrechte eines Standes beseitigt. Gleichheit vor dem Gesetz hat das Stimm- und Wahlrecht nach Einkommen oder Grundvermögen beseitigt. Sie hat die Geschlechter gleichgesetzt. Und sie habe die Hautfarbe, ergänzt Udo di Fabio, „menschenrechtlich irrelevant“ gemacht. Aber die Nutzung der durch die Gleichheit gegebenen Freiheit ist von Voraussetzungen abhängig, die ihrerseits allerdings ungleich verteilt sind. Der Zufall bei der Kombination unserer Erbanlagen macht uns alle einzigartig. Aber eben auch einzigartig unterschiedlich in den Fähigkeiten, unsere eigene Biografie zu gestalten.

Laut Udo di Fabio sei die Vorstellung „ganz einfach lebensfremd“, dass die Ungleichheit in der Fähigkeit der Chancennutzung bildungs- oder sozialpolitisch jemals einfach egalisiert werden könne, wie sehr wir uns auch anstrengen und um Chancengerechtigkeit bemühen. Es gibt eben Menschen, denen es an Eigeninitiative mangelt, die auch Angebote und Hilfen bekommen, aber mit Chancen buchstäblich nichts anzufangen wissen. Und es gibt Menschen, die eigeninitiativ

handeln, sich Chancen erarbeiten und mehr arbeiten als viele andere und deshalb auch erfolgreich sind. Die sozialpolitische Kompetenz einer Gesellschaft und einer Politik muss sich sicherlich in einem ernsthaften Bemühen um Benachteiligte und Schwächere zeigen. Sie sollte dabei allerdings den Eindruck vermeiden, die Moral sei eher bei den Schwachen und der Ellbogen bei den Starken. Es gibt den Ellbogen auch dort, wo manche im Versorgungssystem Karriere machen. Moral ist weder automatisch unter noch über einer bestimmten Einkommensgrenze anzutreffen. Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit sind nicht identisch mit Ergebnisgleichheit.

Wir bleiben auf eine Kultur der Anerkennung von Unterschieden und Ungleichheiten angewiesen, die nicht zu beseitigen sind, so sehr wir uns auch bemühen. Wie zivilisiert, freiheitlich und gerecht eine Gesellschaft ist, zeigt sich gerade in ihrem Umgang mit unterschiedlichen Fähigkeiten. Das Misstrauen gegen die Freiheitspotenziale von Menschen muss zurückgedrängt werden. Eine demokratische Gesellschaft muss Auswahl und Pflege der Begabungen zu ihrem Anliegen machen. Dabei ist unbestritten und klar, dass nur diejenigen, die die Breite fördern, auch die besonders Begabten erreichen können. Keine Elite ohne die Vielen. Auch die Besten brauchen ein aufnahmeberechtigtes Umfeld. Dabei genügt es aber nicht, darauf zu vertrauen, dass die Eliten, die wir wollen, in einem Wechselspiel von Herausforderung und Bewährung von selbst heran-

wachsen. Es ist die ausdrückliche Pflicht eines demokratischen Gemeinwesens, diejenigen zu fördern, von denen es Außerordentliches erwartet. Wer die Arbeit und Pflege der Begabungen behindert, macht dadurch nichts herrschaftsfreier und demokratischer. Er verhindert nur, dass einige mehr leisten könnten und macht eine Gesellschaft „geistig und wirtschaftlich ärmer durch Gleichheit“, findet Hubert Markl.

Es ist keine Frage, ob eine Gesellschaft Eliten braucht. Sie hat sie und wird sie immer haben. Entscheidend ist, dass Elitepositionen unabhängig von Rasse, Herkunft, Geschlecht und Religion sind, aber eben nicht unabhängig von Befähigung und Leistung. Eliten, die wir brauchen, erheben sich nicht als exzentrische Sonderklasse über die anderen. Erziehung zur Leistung bedeutet nämlich stets zugleich auch Erziehung zu Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft, zu jenen Tugenden also, die die Qualität einer Gesellschaft ausmachen: Glaubwürdigkeit und Vorbildcharakter, Maßstäblichkeit bei zivilisatorischen Standards, Neugier und Verantwortung. Wirkliche Eliten sind Eliten des Charakters, die immer offen für andere Meinungen bleiben und die Souveränität haben, mit diesen produktiv umzugehen.

Freiheit und Spielregeln

Der Nobelpreisträger Douglas North, Wirtschaftshistoriker von der Washington University, sagt, dass ein Wertesystem, das politischen und wirtschaftlichen Wettbewerb als etwas grundsätzlich Positives ansehe, die „wichtigste Voraussetzung für offene und erfolgreiche Gesellschaften“ sei. Dann erst würden die Institutionen folgen. „Das Land Hegels und Bismarcks misstraut dem Freiheitsgebrauch des Einzelnen“, kritisiert der Wirtschaftsexperte Rainer Hank. Eine Inventur in Deutschland fördert nicht gerade den Wunsch nach Freiheit zutage. Mit der Freiheit scheint es in Deutschland wie mit der Gesundheit zu sein. Man schätzt ihre Bedeutung erst, wenn man sie so nicht mehr hat. Umso uneingeschränkter sind bei uns das Vertrauen zum Staat und das Misstrauen der menschlichen Freiheit gegenüber verbreitet. Viele Menschen fürchten, dass Freiheit anderen mehr nutzt als ihnen selbst. Freiheitspotenziale betrachten sie eher misstrauisch. Zusammen mit der Linken hat das deutsche Bürgertum dem Staat immer mehr vertraut als dem Markt. Deshalb sind in Deutschland auch vielfältige Spielarten von Kollektivismus und Paternalismus unterwegs. Sie zerstören Zug um Zug die Kultur der persönlichen Verantwortung.

Die Marktwirtschaft ist drauf und dran, ihre kulturelle Verankerung in Deutschland zu verlieren, und das, obwohl doch gerade Deutschland sein Selbstbewusstsein aus seinen ökonomischen Er-

folgen bezog. Wettbewerb ist ein geradezu kontaminiertes Wort in Deutschland. Viele Menschen pflegen ein Vorurteil über das Wesen des Marktes, das aus ihrer Sicht mit einer Geringschätzung der individuellen Freiheit verbunden ist. Viel zu wenige treten hingegen konsequent für sie ein. Dabei ist doch eines klar: Nur wenn Deutschland von Wachstumspotenzialen profitiert statt sich abzukoppeln, werden Aufstiegspotenziale für alle erweckt werden können. Das Abbremsen jedoch macht alle zu Verlierern.

Der Markt ist im Übrigen nicht nur Ökonomie. Marktbeziehungen haben viel tiefere Wurzeln. Sie resultieren aus der Überzeugung, dass es eine Anmaßung ist, anderen vorzuschreiben, was ihnen frommt. Wer sich im Wettbewerb um Partner und Kunden bemühen muss, der verhält sich auch freundlicher. Einem Marktwirtschaftler sollte deshalb der kategorische Imperativ Immanuel Kants nicht fremd sein. Ethische Normen und Konventionen, die sich Menschen auferlegen, sind meist spontan entstandene, auf Gegenseitigkeit beruhende Verhaltensregeln für den Alltag. Sie sind ein Produkt des Marktes. Hierzulande jedoch wird das alles eher als Neoliberalismus gebrandmarkt und dämonisiert. Dahinter steht aber weder eine zivilisatorische Mission noch eine intellektuelle Qualität. Kritiker bedienen sich der Gesetze des Aufmerksamkeitsmarktes. Sie kalkulieren die „Uniformiertheit von Menschen ein und schrecken vor Geschichtsklitterung nicht zurück“, schreibt Prof. Wolfgang Kersting.

Jeder, der bei klarem Verstand sei, so führt er weiter aus, müsse den Liberalismus gegen solch „infamen Rufmord“ verteidigen und seine Ordnungen des Marktes, des Rechtsstaates und der Demokratie preisen. Bedauerlicherweise nähmen viele nur die mit ihm verbundenen Annehmlichkeiten gern in Kauf, heißt es bei Kersting weiter. Seine Freiheits- und Verantwortungsaufforderung jedoch beantworteten sie eher mit einem Schulterzucken. Andere Hochanspruchsvolle verfallen in geschmäckerliche Ablehnung. Einige reißen sich sogar in die verhängnisvolle Tradition antiliberalen Denkens ein. Viele sind totalitären Rattenfängern gern gefolgt. Die Nüchternheit der Argumente ist nichts für sie. Die Marktwirtschaft ist aber kein Religionsersatz. Sie hat, historisch betrachtet, nie Menschen hinter Beglückungsbannern versammelt. Das Marktversagen, das ihr vorgehalten wird, nimmt sich im Übrigen gegen das gigantische Staatsversagen recht klein aus, das sich als geschichtliche Schleifspur aller sozialistischen Versuche zeigt und das in extremen Auswüchsen im letzten Jahrhundert Millionen von Menschen das Leben gekostet hat.

Menschheitsbeglückern sind Marktwirtschaftler immer entgegengetreten. 1938 waren dies der Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Röpke, der Sozialphilosoph August von Hayek und der Nationalökonom Ludwig von Mises. Sie entwickelten die Marktgesellschaft der Freiheit unter staatlichem Schutz. Sie wussten um Neigungen von Menschen und Unternehmen, sich dem

Wettbewerb zu entziehen. Sie sahen im Markt ein einzigartiges Entmchtigungsverfahren. Nach ihrer Auffassung wrde der Markt ohne eine antimonopolistische Gesetzgebung und ohne wirtschaftliche Regeln zerstrt werden. Stattdessen wrde sich unkontrollierte wirtschaftliche und politische Macht entfalten. Sie wollten genau das, worauf es jetzt ankommt: Die Zustimmung von Menschen finden, die Chancen suchen und Spielregeln als gerecht empfinden. Sie pldierten fr eine diskriminierungsfreie Ordnung als ethischer Eigenwert von hohem Rang fr eine freiheitliche Gesellschaft.

Deshalb haben sie Wettbewerb organisiert in einer Wettbewerbsordnung. Mit klarer Trennung zwischen Staat und Markt. Mit unabhngiger Zentralbank, die die Wrungsstabilitt sichert, unabhngigen Wettbewerbsbehörden, die darber wachen, dass die Marktmacht Einzelner nicht zu groB wird, sowie mit rechtlichen Institutionen wie Vertragsfreiheit und Privateigentum. Das Eigentum von einem Vorrecht weniger zu einem Recht fr alle zu machen, darauf kam es ihnen an. Sie wollten ganz einfach, dass Menschen die Chance auf Teilhabe haben und sie auch verwirklichen knnen, wenn sie dazu in der Lage sind – unter dem Schutz von Gesetzen und Regeln.

Der Markt war und ist in einem freiheitlichen Politikentwurf immer mehr als reine Gewinnmaximierung. Ein Wirtschaftssystem, das sei-

ne natürlichen Lebensgrundlagen im Zuge des wirtschaftlichen Fortschritts zerstört, ist nicht zukunftsfähig. Marktwirtschaftliche Freiheit in zerstörter Umwelt – eine solche Freiheit führt sich selbst ad absurdum und ist inakzeptabel. Der Schutz der Umwelt gehört zu den unabdingbaren Zielen einer sozialen Marktwirtschaft. Die ökologische Dimension ist Wert- und Zukunftsbestandteil einer Marktwirtschaft. Denn die Natur gehört zu den Voraussetzungen unseres Lebens. Wir können nicht auf sie verzichten. Sie verfährt im Übrigen schon seit Millionen von Jahren nach dem Grundsatz, der auch das Fundament von Erfolg in Unternehmen und Märkten bildet: dem besten Verhältnis zwischen Aufwand und Nutzen. Markt und Wettbewerb zielen auf Effizienz bei der Vermeidung und Behebung von Schäden. Dieses Prinzip gehört endlich auch in der Umweltpolitik durchgesetzt.

Dem Umweltschutz helfen moderne marktwirtschaftliche Methoden zum Erzielen der besten Ergebnisse besser als bürokratische und dirigistische Apparate oder vielfältige staatliche Interventionen. Eine moderne Umweltpolitik ist davon überzeugt, dass es eine staatliche Anmaßung ist, Menschen auf allen Gebieten vorzuschreiben, was sie zu tun und zu lassen haben. Es ist nicht mehr notwendig, den privaten Haushalten die Mülltrennung gesetzlich vorzuschreiben, wenn technische Möglichkeiten bestehen, die exakter und günstiger den gleichen Zweck erreichen. Es ist absurd, wertvolle Ressourcen in unserem Land

darauf zu verschwenden, bestimmte Schadstoffe im Promillebereich noch weiter zu reduzieren, wenn mit dem gleichen Aufwand anderswo ein hundertfacher Effekt zugunsten unserer gemeinsamen Umwelt zu erzielen wäre.

Unsere knappen Ressourcen werden nicht effektiv eingesetzt. Natürlich müssen die Weichen für intelligenten Klimaschutz mit marktfähigen, effizienten Energieträgern gestellt werden. Über die verfügen wir aber noch nicht in ausreichendem Maße. Die Technologien zur nachhaltigen Energiegewinnung sind derzeit weder marktreif noch effizient genug. Stattdessen produziert ein Weltgipfel nach dem anderen Minderungsziele, die nicht eingehalten werden. Die Kosten einer spürbaren Minderung des CO₂-Ausstoßes stehen in keinem annähernd vernünftigen Verhältnis zum Erfolg der Aktion. Deutschland muss aus alten Ideologien heraustreten. Postulate, die im Laufe der Jahrzehnte zu Dogmen erstarrt sind, müssen immer und immer wieder überprüft werden. Es muss endlich auf Verfallsdaten geachtet werden. Wenn wir für den Umweltschutz etwas erreichen wollen, dann müssen wir Produktions- und Lebensweisen ersetzen, deren bedrohliche Folgen uns deutlich werden. Dazu brauchen wir aber Technologien für die Erneuerung und Verbesserung aller Produktionsmöglichkeiten, kurzum: Höchstleistungsfähigkeit. Wir haben dazu keine besseren Werkzeuge als Einfallsreichtum und wissenschaftliche Einsicht zur Verfügung.

Die Freiheit ist noch nicht gewonnen

Die Werte sind unsere Interessen. Multilateralismus, Multipolarität und Unilateralismus sind die Stichworte für Szenarien, Denken und Handeln nach dem Ende der alten bipolaren Welt. Eigentlich sind die Antworten schon gegeben. Die Wirklichkeit schreibt das Drehbuch. Die einzig übrig gebliebene Supermacht, die Vereinigten Staaten, ist zwar militärisch weltweit überlegen, eine imperiale Präsidentschaft hat allerdings ihre Norm setzende Autorität geradezu verspielt. Freiheitsrhetorik bei zeitgleichen *double standards* hat das Ansehen zerrüttet. Wir können eben nicht Gegner der Freiheit bekämpfen, indem die ethische Überlegenheit des Rechtsstaates zur Disposition gestellt wird. Dennoch werden die globalen Probleme ohne transatlantische Bindungen als Konstante nicht erfolgreich angegangen werden können. Die gegenwärtig in den Vereinigten Staaten stattfindende Selbstverständnisdebatte über die eigene Politik ist unübersehbar und unüberhörbar. Die gemeinsamen politischen und ökonomischen Potenziale sind überragend, die amerikanische Gesellschaft sollte im Übrigen auch zu Korrekturen der bisherigen Politik fähig sein.

Deutschland braucht wie kein anderes Land eine handlungsfähige Europäische Union (EU) und das Bündnis mit den Vereinigten Staaten. Deutschland muss dazu eine Führungsrolle übernehmen. In Europa haben wir den Frieden über

Versöhnung, institutionelle Integration und klare Rechtskultur gesichert. Das *poolen* um Souveränität haben wir nach großen Katastrophen gelernt. Es bleibt für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik bei der Europäisierung des Rahmens. Das kann aber keine Flucht aus der Nation in die Integration sein, sondern ist ganz einfach die Notwendigkeit, gemeinsam auch die eigene Selbstbehauptung im weltweiten Wettbewerb zu organisieren. Ein Vorhaben, das im Übrigen von den nationalen Eliten in der Vermittlung sträflich vernachlässigt wird.

Das deutsch-französische Tandem ist nicht mehr so dynamisch, wie es einmal war. Im Alltag des europäischen Integrationsgeschäftes habe es in letzter Zeit eher als „Blockademacht gegen die Dienstleistungsfreiheit und den Stabilitätspakt fungiert“, stellt die Stiftung Wissenschaft und Politik fest. Besondere Initiativen im „Lissabon-Prozess“, der im Jahre 2000 verabschiedeten gemeinsamen Strategie europäischer Regierungschefs zur wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung der EU, sind nicht bekannt. Die EU-Kommission ist oft gebremst worden. Es zeigen sich deutliche Bewegungsschwierigkeiten. Tatsächlich haben Deutschland und Frankreich bisher in keinem einzigen Fall positiv auf die notwendige Modernisierung der europäischen Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik hingewirkt. Im Gegenteil. Europäische Identität wurde interpretiert als „Sozialmodell contra Wettbewerb“. Das

ist nicht zukunftsorientiert. Das kann auch nicht erfolgreich sein.

Die Interessen der Staaten in der EU-25 sind vielfältig. Viele Staaten arbeiten noch stark an einer eigenen Identität. Bei denjenigen, die lange Zeit durch das frühere sozialistische Imperium überdeckt waren, verwundert das nicht. Insbesondere sie wollen keinen neuen exklusiven Führungsstil. Die deutsche Europapolitik muss wieder die EU-bezogene Zusammenarbeit mit den kleineren Staaten intensivieren, aber auch mit denen, die größer sind und in den letzten Jahren weniger einkalkuliert wurden. Sie muss wieder mehr bewegen und führen. Führen muss dabei nicht bedeuten, dass man in einen Kommando-Ton verfällt. Deutsche Europapolitik muss wieder das Signal ausstrahlen, dass alle Mitglieder gleichberechtigt sind, und dass Deutschland an einer Vertiefung der integrationsförderlichen Zusammenarbeit interessiert ist. Deutschland muss den Eindruck vermeiden, dass durch Zweier-, Dreier- und Viererinitiativen eher „Absetzbewegungen als Schub- und Impulskraft“ für die Integration produziert werden, wie es die Stiftung Wissenschaft und Politik ausdrückt.

Europa muss sich zum *Global Player* entwickeln, denn Teilnahmslosigkeit ist keine Weltperspektive. Europa braucht eine strategische Orientierung. Es muss weltpolitisch laufen lernen. Seine Visitenkarte im weltweiten Wettbewerb ist aber nicht nur ökonomischer Art. Es geht um eine

menschenwürdige Gesellschaft, um Indikatoren wie Bildungsgrad und Lebenserwartung als Ausweis des Zugangs zu medizinischer Versorgung, Teilhabechancen am politischen wie gesellschaftlichen Leben und vieles mehr. Europa war und ist bei allen Katastrophen, die es erlebt hat, eben auch verbunden mit der Ideengeschichte der Menschenrechte, der individuellen Freiheit. Es ist die Geschichte der Aufklärung, des Humanismus, der Renaissance und der Emanzipation. Europa hat Katastrophen auch überwunden und Sicherheit gegeben. Sloterdijks sagt mit Bezug auf das römische Epos „Äneis“, dass Europa der Kontinent sei, auf dem die Menschen „eine zweite Chance“ hätten.

Die Bundesrepublik braucht Öl und Gas aus Russland. Russland sollte aber nicht nur als Energielieferant angesehen werden. Umfassende Partnerschaft, die Deutschland mit diesem großen Nachbarn haben will und auch haben muss, erfordert aber auch eine stärkere gemeinsame normative Basis. Die deutsch-russischen Beziehungen sollten genutzt werden, um Russland bei seiner weiteren Modernisierung und Öffnung zu unterstützen. Russland wird nicht so schnell eine Westminsterdemokratie werden. Es hat eine übermächtige Bürokratie, eine gelenkte Justiz, äußerst repressive Strafverfolgungsbehörden und eine noch relativ schmale Zivilgesellschaft. Das sollte uns aber nicht davon abhalten, daran mitzuarbeiten, dass Russland sich weiter öffnet. Denn Russland wird trotzdem Mitverantwortor-

tung bei der Lösung geostrategischer Probleme übernehmen müssen und sollte kein Machtfaktor unbestimmter Qualität und Richtung bleiben. Ein marktwirtschaftlich, rechtsstaatlich und demokratisch verfasstes Russland als Partner, innerhalb eines ebenso strukturierten postsowjetischen Raumes, würde eine Partnerschaft auch langfristig stabil machen. Es bleibt einstweilen abzuwarten, ob die russischen Eliten diesen Weg einschlagen. Wenn sie es tun, stünde einer strategischen Partnerschaft nichts im Wege. Bis dahin wäre es besser, von einer pragmatischen Zusammenarbeit zu sprechen.

Die freiheitlichen Gesellschaften müssen sich nun wieder der Voraussetzungen, aber auch der Gefährdungen ihrer freiheitlichen Existenz klar werden. Manche Gesellschaften befinden sich geradezu im freien Fall. Das Muster „Stamm und Religion“ behindert an vielen Orten die Orientierung an der Zukunft. Es gibt ganze Staaten, die sozusagen als Familienunternehmen geführt werden und die keine wirklichen unabhängigen Institutionen herausbilden. Manche Konflikte kommen aus großen geschichtlichen Tiefen. An manchen Orten werden ganz alte Landkarten wieder aufgeschlagen. Geschichtliche Trümmer sind nicht überall ordentlich beiseitegeräumt worden. Diktaturen beherrschen weltweit noch eine große Zahl von Völkern. Die weltweite Ächtung der Todesstrafe ist zu Beginn eines neuen Jahrtausends immer noch nicht erreicht, auch nicht in allen Demokratien. Es gibt sowohl noch

Rassismus als auch Pressezensur und Unterdrückung freier Meinungsäußerung. Armut und Hoffnungslosigkeit verhindern in weiten Teilen der Erde immer noch die Teilhabe vieler Menschen an der Freiheit. Politische Repression und Folter sind vielerorts an der Tagesordnung. Frauen werden in bestimmten Kulturen unterdrückt, Kinder viel zu oft nicht zur Schule geschickt, vorausgesetzt, es gibt überhaupt eine. Reife, aufgeklärte Gesellschaften haben sich noch nicht überall entwickelt. Aufklärung und Menschenrechte setzen sich nicht von selbst durch. Prinzipien des *good governance* muss noch vielerorts Geltung verschafft werden.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit arbeitet in über 60 Ländern mit vielfältigen Projekten und Initiativen daran mit, Bürgergesellschaften und demokratische Strukturen aufzubauen. Sie setzt sich für Menschenrechte ein und will dazu beitragen, dass freiheitlich denkende Persönlichkeiten immer mehr Chancen bekommen und dass politische Landschaften entstehen, die aktive Teilnahme ermöglichen und in denen Liberale eine freiheitliche Politik entwickeln können.

Die Stiftung hat immer Minderheitenrechte vertreten und kulturelle Autonomie unterstützt, wie das am Beispiel ihres Tibet-Engagements deutlich geworden ist.

Sie weiß allerdings auch, dass es entscheidend darauf ankommt, die Situation der Tibeter wirklich zu verbessern. Dies ist ohne ergebnisorientierte Gespräche mit der politischen Führung der Volksrepublik China nicht zu erreichen. Das Tibetproblem kann nur mit und keinesfalls gegen China gelöst werden.

Dazu gehört eine realistische Gesprächsstrategie der Tibeter selbst, welche die Chance hat, auf der anderen Seite Schritt für Schritt Gehör zu finden. Es kann deshalb nicht um das Zurückholen der Geschichte gehen, sondern um die Gestaltung der Zukunft. Es geht nicht um Abspaltung, auch wenn die chinesische Seite wortgewaltig operiert. Es geht schlicht um Fragen kultureller und religiöser Autonomie.

Dafür gilt es immer wieder ein Grundverständnis zu erzeugen, ohne das eine Lösung des Problems der Tibeter nicht in Sicht kommt. Solange das Tibetbild in China selbst nicht differenziert wird und die Menschen den Mangel an Menschenrechten als das eigentliche Thema empfinden, wird ein Weiterkommen nur schwer möglich sein.

Es gibt deshalb keine ernsthafte Alternative zur Ein-China-Politik, denn nur mit der Inblicknahme Chinas als Ganzes wird am Ende die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit einen bescheidenen, aber vielleicht hilfreichen Beitrag für die Sache der Tibeter leisten können.

Es bleibt zu hoffen, dass auch in der chinesischen Führung alternative Strategien und ein flexibles Vorgehen diskutiert werden.

Mit den Beschleunigungsverhältnissen unserer Zeit zurechtzukommen, universales Wertebewusstsein zu pflegen und zu vermitteln und weltweit zu stabilen Gesellschaften beizutragen, sind Hauptaufgaben des internationalen Engagements der Stiftung. Es gibt nun Newcomer weltweit, es gibt Schlüsselstaaten, mit denen Kooperation gesucht werden muss. Es gibt Staaten mit ethnonationalistischen Selbstdefinitionen, mit Versuchungen der ökonomischen Renationalisierung, mit eigenwilligem Verhalten im Netz internationaler Beziehungen, mit klassischem Staatsverständnis unter Festhalten an alten Souveränitätsvorstellungen.

Multilateral zu denken und geostrategische Vorstellungskraft zu entwickeln, kann deshalb nicht nur ein Management von Ereignissen unbestimmter Qualität und Richtung sein. Multilateralismus kann sehr schnell strukturell sklerotisch werden, wenn man sich nicht auf ein Mindestmaß an Übereinstimmung in Werten beziehen kann. Die Vielstimmigkeit am Ende der alten Blockkonfrontation ist kein Konzept. „Wir müssen uns um weltpolitische Ordnungsformen bemühen, die Orientierung ausstrahlen“, schlägt die Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP, vor.

Wir sind an keinem Ende der Geschichte. Dafür brauchen wir ein effizientes multilaterales Weltordnungskonzept, das gut funktionierende internationale Institutionen umfasst und „dessen Regeln auch tatsächlich angewendet werden und die wir im Falle ihrer Verletzung zu verteidigen bereit sind. Da die Rechtsstaatlichkeit zu den Fundamenten der Union gehört, trägt sie eine besondere Verantwortung für eine normengestützte Weltordnung, deren Eckstein die Charta der Vereinten Nationen ist“, stellt die SWP fest. Von manchen wird dies als typisch europäischer Institutionsglaube belächelt. Aber es eröffnet die Aussicht auf ein halbwegs erträgliches Zusammenleben von Menschen. Oft wird der vermeintliche Gegensatz von Werten und Interessen beschrieben. Unsere Interessen sollten gerade in werteorientierten internationalen Spielregeln liegen.

Der Iran versucht, den nuklearen Brennstoffkreislauf zu schließen. Ob aus nationalem Prestigestreben oder aus Sorge um die Versorgung mit Brennstoff, möglicherweise auch aus einem heimlichen Liebäugeln mit einer militärischen Option heraus – die Folge ist in jedem Fall die gleiche: die Proliferationsgefahr wächst. Andere könnten ebenfalls versucht sein, einen solchen Weg einzuschlagen. Der Zugang zu nuklearer Technologie und ihre mögliche militärische Nutzung sind zu einem erneuten Thema internationaler Politik geworden. Die Anzahl von Atomwaffenstaaten ist gewachsen, ebenso von Staa-

ten, die Nuklearmächte werden könnten. Gelingt es nicht, diesen Trend zu stoppen, drohe eine weltweite Rüstungsspirale, warnen Analysen der SWP. Eines ist klar: Bei der Nichtweiterverbreitung wird es keine überzeugenden Fortschritte geben, wenn die klassischen Nuklearwaffenstaaten nicht die Initiative ergreifen. Es geht um nicht mehr oder weniger als um ein Angebot der Kernwaffenbesitzer, ernsthaft den Weg nuklearer Abrüstung zu beschreiten, um einen Verzicht der Nichtkernwaffenstaaten auf die Entwicklung solcher Waffen zu erreichen. Die Ausrüstung muss wieder stärker Gegenstand internationaler Politik werden und Deutschland muss sich dafür engagieren.

Zivilisatorisches Vorbild und Sinn für substantielle Sicherheitspolitik schließen sich nicht aus. Das gilt für die zivilen Instrumente der Krisenprävention und *conflict peace building* wie auch für die erkennbar zunehmenden Anforderungen an europäische Beiträge zur militärisch gestützten Stabilisierung fragiler und gescheiterter Staaten. Bei Auslandseinsätzen ist allerdings neben der politischen Zielsetzung sowohl die Zweck-Mittel-Relation als auch die Definition der Zielerreichung unumgänglich und die Legitimation und Qualität des Mandats entscheidend stellt die SWP sinngemäß fest. Welche Dynamiken eine Krise entwickeln und wie lange die Herstellung eines Mindestmaßes an Staatlichkeit dauern kann, bleibt oft schwer vorhersehbar. Aber beides muss mit einbezogen werden, wenn entschieden

werden soll, wie ein deutscher Beitrag aussehen könnte. Krisen senden im Übrigen Warnsignale aus. Sie haben Inkubationszeiten und geben Hinweise auf Konfliktprävention, die, zusammen mit Konfliktnachsorge, politische, diplomatische und zivile Aufgabe ist. Alle Fähigkeiten werden gebraucht. Dauerhafter Frieden erfordert regionale Zusammenarbeit und Integration. Sicherheit, Demokratie und regionale Zusammenarbeit müssen sich gegenseitig überall auf der Welt verstärken. Es gibt keine Alternative zur Erörterung wirklich zentraler politischer Prioritäten und dauerndem Kontakt.

In der Energieellipse vom Kaspischen Meer bis zum Mittelmeer und zum Persischen Golf wird das Wetter des Wohlstandes gemacht. Gleichzeitig sind politische Spannungen dort hoch, demokratische Formen und demokratische Regierungen schwach, regionale Kooperation reichlich ineffektiv. Es ist bemerkenswert, dass die arabische Welt so wenig Zusammenarbeit pflegt, obwohl sie doch eine gemeinsame Kultur hat. Politik handelt von Veränderungen, nicht nur vom Managen des Status quo. Viele Ideen für eine regionale Kooperation sind bisher auch im Mittleren Osten genannt worden, zum Beispiel ein „Sicherheitsforum Persischer Golf“ oder eine „KSZE für den Mittleren Osten“. Jede dieser Vorstellungen hat ihre Verdienste. Wie dem auch sei, eine Form der Zusammenarbeit muss gefunden werden, um gemeinsame und grenzüberschreitende Gefährdungen zu behandeln. Länder, die sich weniger

durch andere gefährdet fühlen, tendieren dazu, sich auch selbst weniger gefährdend gegenüber anderen zu verhalten.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat zusammen mit der indischen Strategic Foresight Group eine neue Vorstellung entwickelt, wie regionale Sicherheit und vertrauensbildende Maßnahmen dort dauerhaft entwickelt werden können. Sie hat das Projekt in die Liberale Internationale eingebracht. Die entscheidende Initiative muss allerdings aus der Region kommen. Die Europäische Union und andere Organisationen, inklusive der Vereinten Nationen und der Vereinigten Staaten, können helfen. Entscheidend sind die regionalen, politischen und gesellschaftlichen Eliten.

Das Existenzrecht Israels gehört zu den Pfeilern deutscher Außenpolitik. Die Bürger Israels müssen in Frieden leben können. Jeder – Israelis, Europäer, Amerikaner und die arabischen Nachbarn – müssen gleichzeitig aber auch die Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lage der Palästinenser zu ihrem Anliegen machen. Es geht darum, ein Verständnis für das Leiden des jeweils anderen zu entwickeln. Um das alles zustande zu bringen, muss die politische Perspektive klar bleiben. Wir brauchen eine verhandelte 2-Staaten-Lösung, die die Okkupation beendet. Als Minimum gilt: Beide Seiten müssen sich von unilateralen Aktionen zurückhalten, die das Er-

gebnis von Verhandlungen auf dem Weg dahin präjudizieren.

Maßstäbe und menschliches Maß

John Stuart Mill schrieb schon in seinem berühmten Essay „Über die Freiheit“, dass es auch um einen Kampf gegen manche in der Gesellschaft vorherrschenden Meinungen und Gefühle gehe, die Andersdenkenden oft mit Mitteln aufgedrängt werden, die nicht überzeugend sind. Er macht damit auf die Gefahr von Gesinnungsdiktaturen aufmerksam, die eine ganz aktuelle Bedrohung sind. In der internationalen Politik machen sich religiöse Strömungen stark bemerkbar. Eigentlich war erwartet worden, dass die Religion im Zuge der Globalisierung eine geringere Rolle spielen würde. Das Gegenteil ist der Fall. Stimmen, die transzendente Autorität beanspruchen, sind in öffentlichen Räumen bemerkbar. Sie gewinnen auch politische Wahlen. Beispiele dafür sind die iranische Revolution, die Taliban in Afghanistan, die Auseinandersetzungen im Nachkriegs-Irak, Bewegungen wie Hamas und Hisbollah. Schon die Erfolge der Antiaparteidpolitik in Südafrika in den 80er-Jahren sind prominenten christlichen Persönlichkeiten wie Erzbischof Desmond Tutu zu verdanken. Die *evangelicals* in Amerika überraschen durch ihren Aktionismus und ihren Einfluss.

Wir sollten aber bei allem Respekt vor religiösen Überzeugungen Vertretern einer konfrontativen Weltansicht nicht das Feld überlassen. Der Westen als politisches Programm steht nicht gegen den Islam. Es geht um einen Modernisierungsprozess in der islamischen Welt selbst. Prof. Franz Kamphaus, bis vor Kurzem Bischof von Limburg, hat kürzlich in einem bemerkenswerten Artikel über den leidvollen Weg von Religion in die Moderne geschrieben und eine überzeugende Werteorientierung für einen Erfolg versprechenden Dialog vermittelt. Die Anwendung der Menschenrechte bedeute nicht, sie „über das göttliche Recht“ zu setzen, schreibt Bischof Kamphaus. Gott selbst habe diese Rechte den Menschen gestiftet. Wer sich also für die Menschenrechte einsetzt und auch von anderen erwartet, dass sie es ebenfalls tun, entfremdet andere nicht ihrer Kultur. Er tut das, weil er dem Islam den gleichen Lernprozess zutraut, den er selbst leidvoll durchgemacht hat.

Es gilt, den säkularen Staat zu verteidigen. Der säkulare Staat ist nicht antireligiös. Er akzeptiert nur nicht, dass es Einstellungen gibt, die kulturelle oder religiöse Authentizität beanspruchen, um damit die Missachtung von Menschenrechten zu rechtfertigen. Religionen gewährt er unter diesen Voraussetzungen Raum und bleibt selbst weltanschaulich neutral. Das schütze ihn vor „pseudoreligiöser Selbstüberschätzung“ und die Religionen davor, die „staatliche Gewalt zu ih-

ren Gunsten zu missbrauchen“, stellt der frühere Limburger Bischof fest.

Die Stellung zur Gewalt ist die Gretchenfrage für alle Menschen, auch für alle Religionen, wobei sich auch Christen der eigenen Gewaltgeschichte stellen müssen. Die Frage reicht weit über die Problematik des Heiligen Krieges hinaus. Der gewichtige Grundsatz, niemand dürfe zum Glauben gezwungen werden, wie es in der Sure 2,256 heißt, „ist erst dann glaubwürdig, wenn er auch die Freiheit garantiert, den Glauben aufzugeben“. Es sei Gottes Sache, das Gewicht solcher Dinge zu beurteilen, führt Prof. Kamphaus aus. „Religion heißt, Gott zu verehren, nicht Gott zu spielen.“

Damit sind und bleiben menschliches Maß und zivilisatorische Standards entscheidende Werte für freiheitliche Gesellschaften. Religionen sollen den Zugang zur Wirklichkeit nicht verstellen. Sie sollen Menschen nicht in die Knie zwingen, sondern ihnen auf die Beine helfen. Der Glaube darf durchaus einer Prüfung der Brauchbarkeit und der wirklichen Hilfe für Menschen zugänglich gemacht werden.

Zu den zentralen Fragen freiheitlicher Gesellschaften zählt, wie viele Einbußen sie an Traditionen verlieren dürfen, wie viele „Verbindlichkeiten sie ohne Schaden hinnehmen können und wie viel Bewusstsein vom Gemeinwohl sie auch bewahren und schaffen müssen“, schreibt

der kürzlich verstorbene Joachim Fest und fährt fort, dass es auf ihren Gleichgewichtssinn ankomme, auf eine immer wieder neue Verbindung von Offenheit und Herkunftsbewusstsein, von Altem und Neuem. Das alles verlangt den prinzipiellen Verzicht auf eine Wahrheit, das verlangt Spielregeln. Die Politik darf Menschen nicht daran hindern, ihre eigenen Angelegenheiten zu erledigen. Freiheitliche Politik muss die Bürger auf allen Ebenen wieder in ihre Rechte einsetzen. Sie haben ein Recht auf Chancen, ein Recht auf Zukunft, ein Recht auf Wahlmöglichkeiten, ein Recht auf Privatsphäre im täglichen Leben, am Arbeitsplatz, in den sozialen Sicherungssystemen. Sie haben ein Recht darauf, dass ihnen der Staat mehr vom Ertrag ihrer eigenen Leistung belässt. Steuerpolitik ist nicht nur ein Haushaltsthema, sie berührt zutiefst das Thema des Vertrauensverhältnisses zwischen dem Staates und seinen Bürgern. Vor allem dann, wenn von diesen mehr eigene Verantwortung erwartet wird.

Die freie Entfaltung von Menschen braucht einen Staat, der Frieden und Sicherheit gewährleistet. Wir brauchen Regeln, wenn die Freiheit Bestand haben soll. Die Sicherheit der Bürger und ihr subjektives Sicherheitsgefühl sind unverzichtbare Grundlage einer stabilen Demokratie. In einer liberalen Rechts- und Verfassungsstruktur stehen Sicherheit und Freiheit nicht in einem Konkurrenzverhältnis. Sicherheit ist kein Feind der Freiheit, Sicherheit ist vielmehr die Voraussetzung für die Teilhabe an Freiheit. Zu einer

Rechtsordnung, die der Bürger als richtig und gerecht anerkennt, gehören ihre Durchsetzung und damit der Schutz vor Straftaten und vor Kriminalität. Der Staat muss daher über die geeigneten Mittel verfügen, um das staatliche Gewaltmonopol konsequent durchsetzen zu können. Die Behörden müssen finanziell und personell in die Lage versetzt werden, die bestehenden Gesetze konsequent auszuführen.

Aber: Nicht der Staat gewährt den Bürgern gnädigerweise Freiheit, sondern die Bürger gewähren dem Staat Einschränkungen ihrer Freiheit zugunsten der Wahrung der Rechte aller. Der Staat darf aber nicht alles. Gläserne Patienten, gläserne Steuerzahler – das ist nicht die liberale Vorstellung des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat. Die innere Sicherheit kann nur durch den Rechtsstaat verteidigt werden, nur auf seinen Prinzipien und nicht gegen ihn. Der private Lebensentwurf, die eigenen vier Wände, die Reisen, die Freundschaften und Beziehungen, das Bankkonto, die freie wirtschaftliche Betätigung der Bürgerinnen und Bürger können nicht einer lückenlosen Überwachung durch den Staat unterliegen. Das Vertrauen in den Rechtsstaat ist ein wichtiges Standbein der Sicherheit. Die imperialen staatlichen Ausflüge in die Privatsphäre und Freiheit der Menschen sind es nicht. Übersteigerte Überwachung zerstört das gute Recht der Bürger, sich durch rechtstreu Verhalten den Staat auch ein Stück vom Leibe zu halten.

Freiheit verlangt Mut und auch Verzicht auf Überdehnung. Freie Gesellschaften, um noch einmal Joachim Fest zu bemühen, gründen sich nicht zuletzt auf eine Reihe von Voraussetzungen „die streng genommen gegen die menschliche Natur gerichtet sind“, auf Selbstverbot, auf zivilisierte Regeln, auf Normen, auf Duldung, ja sogar auf Privilegierung von Minderheiten, auf ein System von Vorkehrungen. Nur so ist ein halbwegs erträgliches Zusammenleben von Menschen mit Menschen zu ermöglichen. In diesen Punkten liegt das „eigentümliche Pathos der Idee einer freien Ordnung“.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist freiheitliche Politik nötiger denn je. Sie ist die Botschaft der Menschenrechte, des Humanismus und die Politik für eine verantwortungsbewusste Gesellschaft. Sie weiß, dass Demokratie zerbrechlich ist und dass Toleranz nicht mit Gleichgültigkeit verwechselt werden darf. Dass Wohlstand mit Anstrengung verbunden ist und Marktwirtschaft faire Spielregeln haben muss. Dass die Würde des Menschen nicht verletzt werden darf und dass Hunger die Menschen entwürdigt. Dass neues Denken Courage erfordert und Stagnation jegliche Kreativität zerstören kann. Dass sich *Politik* nicht im Gebrauch politischer Fertigkeiten erschöpfen darf, sondern dass es Passion, programmatische Substanz, eine Breite an Fähigkeiten und Bildung sowie ein Bewusstsein für Normen und zivilisatorische Aufgaben beinhalten muss. Es geht dabei nicht nur um Wissen und

Können. Es geht um Charakter und Haltung. Es geht um die Renaissance der Verantwortung in Freiheit.

Das Beste, was dieses Land aufzuweisen hat, ist seine freiheitliche Verfassung. Ihre Stärke kommt aus dem Geist der Tradition aus dem europäischen Liberalismus. Darin liegt auch die Kraft der Erneuerung. Es gilt, ein Bewusstsein für die neuen Herausforderungen zu schaffen und eine Haltung zu deren Bewältigung zu entwickeln, eine den Aufgaben entsprechende öffentliche Meinung herzustellen und so das gesellschaftliche Klima zu prägen.

